Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 196. Donnerstag, 27. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,— M., vierteljährlich 63,— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 3,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 50 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Eine Protestnote Tschitscherins an Polen.

Eine Verteidigung des deutsch-russischen Vertrages.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genua, 26. April. Tschitscherin richtete an den polnischen Minister des Aeußeren Skirmund folgenden Brief:

Herr Minister! Zu der Note, die einige der Delegationen, die an der Konferenz von Genua teilnehmen, am 18. April dem Präsidenten der deutschen Delegation zukommen ließen und die in der Presse vom 19. April veröffentlicht wurde und ferner zu der Antwort derselben Delegation auf die deutsche Note vom 22. April, gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes zu richten:

Indem ich vor allem die Frage beiseite lasse, ob die Erwägungen begründet sind, welche die Unterzeichner der ersten Note dazu brachten, Deutschland einzuladen, sich künftig der Teilnahme an der Erörterung der russischen Fragen auf der Konferenz zu enthalten, so glaube ich, daß meine Erwägungen wohl dazu führen könnten, sich ebenfalls der Erörterung der russischen Fragen zu enthalten, da der zwischen Polen und Rußland in Riga am 8. März 1921 abgeschlossene Vertrag alle Fragen löst, welche dieses Volk interessiert, und zwar in einer viel endgültigeren Form, als der Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Rußland. Gleichzeitig kann ich mich nicht enthalten, zu bemerken, in welcher Weise es mir befremdlich von einem Staate erschien, der ohne Vorbehalt die Sowjet-Regierung de jure anerkannt hat und der mit mir einen Vertrag abgeschlossen hat, einen Schritt zu unternehmen, der Rußland das Recht verwehren sollte, mit einem anderen Staate abzuschließen.

Meine Regierung sieht in diesem Schritt Polens einen Angriff auf die Souveränitätsrechte Rußlands und infolgedessen eine grobe Verletzung des Vertrags von Riga, der einerseits zwischen Rußland und der Ukraine, anderseits zwischen Polen und Rußland abgeschlossen wurde und der im polnischen Landtag am 18. April 1921 ratifiziert wurde. Ferner besteht eine Verletzung des Abkommens von Riga vom 30. März 1922, das zwischen Rußland und Polen, Estland und Lettland abgeschlossen wurde, wobei Polen sich u. a. verpflichtet, nicht nur auf der Konferenz von Genua seine Handlungen mit Rußland in Uebereinstimmung zu bringen, sondern auch mit allen Kräften dahin zu wirken, daß Rußland durch solche Staaten, die bisher Sowjet-Rußland nicht anerkannten, de jure anerkannt werde.

Durch solche Umstände, unter denen diese Antwort auf die deutsche Antwort von einzelnen Staaten kritisiert wurde, unter denen Polen weder der Großen noch der Kleinen Entente angehört, Polen mit Rußland durch normale gegenseitige Beziehungen verbunden ist, wird ein derartiger Präzedenzfall geschaffen, den jede dritte Macht zum Anlaß nehmen könnte, um Verträge zwischen zwei Mächten zu annullieren. Wenn man diesen Präzedenzfall weiter verfolgt, so hätte Rußland das unbedingte Recht, Verträge oder Teile von Verträgen nicht anzuerkennen, die zwischen Polen und anderen Mächten abgeschlossen würden.

Die Regierung Rußlands ist nicht geneigt, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten, und erklärt kategorisch, daß sie nicht gestatten könne, daß die von ihr abgeschlossenen Verträge irgendwie davon abhängig sind, ob Dritte sie anerkennen wollen oder nicht.

In Erwartung Ihrer Antwort, bitte ich Sie, die Versicherung meiner Hochachtung entgegenzunehmen.

ges.: Tschitscherin.

*

Genua, 26. April. Die Protestnote Tschitscherins an Polen hat in Konferenzkreisen sehr überrascht. Man betrachtet sie als einen Protest der Sowjetregierung gegen den Ausschluß Deutschlands aus dem politischen Unterausschuß für die Verhandlungen mit Rußland und als den ersten entschlossenen Vorstoß Räterußlands gegen einen Staat der Kleinen Entente.

Zwei Fragen an die russische Delegation.

Genua, 26. April. Die Expertenkommission der Alliierten kam überein, ihren Regierungen die Entscheidung über die russischen Vorschläge zu überlassen. In zwischen den Hauptdelegierten der Alliierten stattgefundenen Besprechungen wurde — nach französischer Quelle — beschlossen, an die russische Delegation ein Schreiben zu richten, in dem eine sofortige Antwort auf zwei Fragen verlangt wird:

1. ob Rußland sämtliche Schulden bedingungslos anerkennen wolle,

2. ob es für die bedingungslose Herausgabe des nationalisierten Privateigentums einstehen wolle.

Das Schreiben soll in ultimativer Form gehalten sein. Da die Alliierten nicht ihre Bereitwilligkeit zu einer Kreditgewährung aussprechen, wäre nach der gestrigen Haltung der Russen anzunehmen, daß sie mit einem glatten Nein antworten werden. Die Alliierten scheinen aber weder ein glattes Ja oder Nein, sondern eine Antwort zu erwarten, die ein weiteres Verhandeln ermöglicht.

Die Besprechungen zwischen den Alliierten und dem Führer der Kleinen Entente, Benesch, mit Lloyd George und Barthou galten auch der Formulierung der Resolution über den europäischen Frieden. Eine Einigung ist noch nicht erzielt. Die ursprüngliche Absicht Lloyd Georges war eine kurze Resolution, in der alle Mächte versprechen, einander während der nächsten zehn Jahre nicht anzugreifen. Barthou forderte die Anfügung eines Satzes, wonach bestehende Verträge dadurch unberührt bleiben; wahrscheinlich aber auch einen zweiten Satz über private Besprechung der Rüstungen im wirtschaftlichen Interesse Europas. Von mehreren Mächten wird auch die Aufnahme von Garantiebesprechungen gegen Friedensbruch gefordert, und zwar in der Form gemeinsamer Schutzgewährung im Angriffsfalle, außerdem noch ein Satz über eventuelle schiedsgerichtliche Regelung von Streitfällen. Die Beratungen unter den Mächten sind noch nicht abgeschlossen, der Zeitpunkt der Einbringung der Resolution daher noch ungewiß.

Der Wortlaut des Burgfriedenspaktes.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genua, 26. April. Aus eingeweihten Konferenzkreisen erfahre ich folgende Fassung des Vertragsentwurfs Lloyd Georges zur Verhütung von Angriffen unter den Völkern, wonach die unterzeichneten Staaten folgende Verpflichtungen übernehmen:

Die Wiederherstellung des Friedens und die Sicherheit auf fester und dauernder Grundlage.

Anerkennung der Unverletzlichkeit des Gebietes anderer Mächte als ein wesentlicher und allgemeiner Grundsatz des internationalen Rechtes, das als solches für alle titulierten Staaten obligatorisch ist.

Da die Mächte durch Bestimmungen des Völkerbundsvertrages verpflichtet sind, sich aller Angriffe gegen die Unverletzlichkeit des Gebietes anderer Völkerbundsmitglieder zu enthalten, da sie ferner übereingekommen sind, die Abrüstung zu erreichen und sich zur Enthaltung jeden äußeren Angriffes zu verpflichten und beschlossen haben, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, das folgenden Inhalt hat:

Alle Vertragsmächte verpflichten sich, sich jeden Angriffs gegen die Unverletzlichkeit der anderen hohen Vertragsmächte zu enthalten. Falls irgendein Angriff in Verletzung des Absatz II ausgeführt wird, verpflichten sich die hohen Vertragsmächte, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen und jede erreichbare Organisation anzurufen, um den Streit, der zum Angriff geführt hat, mit freundschaftlichen Mitteln zu behandeln, erwägen und regeln zu lassen.

Dieser Antrag von Lloyd George wird augenblicklich diskutiert. Er hat eine große Mehrheit bei der Konferenz. Es liegt nur die Befürchtung nahe, daß lediglich Frankreich Einwände erhebt. Man ist auf diese Einwände von französischer Seite gespannt.

Militärische Ueberwachung Polens durch Frankreich.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Warschau, 26. April. Im polnischen Ministerrat wurde eine Anfrage des französischen Gesandten besprochen, welche sich auf den Stand der militärischen Verhältnisse in Polen bezieht. Nach dem dem Gesandten zugegangenen Berichte sollen sich in militärischer Hinsicht Mißstände gezeigt haben, welche eine Mobilisation des polnischen Heeres ganz unmöglich machen. Verschiedene wichtige Anschaffungen für die Armee, wozu Polen schon Anfang 1921 von Frankreich Unterstützung erhielt, sind noch nicht durchgeführt. Der Gesandte machte im Auftrage seiner Regierung darauf aufmerksam, daß angesichts der politischen Lage Polen dringend die versäumten Ergänzungen nachholen solle. Auch wurde angeregt, zu erörtern, ob der diesjährige Rekrutenjahrgang früher eingezogen werden kann. Die französischen Forderungen riefen im Ministerrat lebhafte Zustimmung hervor. Der französische Generalstabschef wird in den nächsten Wochen in Warschau erwartet.

Ein Aufruf der Interalliierten Kommission in Oberschlesien.

Oppeln, 26. April. Die „Oppelner Morgenztg." verbreitet folgenden Aufruf der Interalliierten Kommission an die Bewohner Oberschlesiens, der von General Lerond, General Marini als Vertreter Italiens und General Henneker als Vertreter Englands unterzeichnet ist.

Die Uebergabe der oberschlesischen Gebietsteile an Deutschland bzw. Polen in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles ist nur noch eine Frage von Tagen. Anfang Mai sollen die Vertreter der deutschen und der polnischen Regierung von der Interalliierten Regierungskommission nach Oppeln berufen werden, um die Uebergabe der öffentlichen Verwaltung an die deutschen bzw. polnischen Behörden vorzubereiten. Dieser ungewöhnliche Zustand rechtfertigt ungewöhnliche Maßnahmen. Keinem Friedensstörer soll Gelegenheit gegeben werden, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Alle friedliebenden Menschen dieses Landes müssen es sich vorhalten und in engem Einvernehmen mit den anderen angelegen sein lassen, alle Ungeduld im Zaume zu halten, unüberlegten Handlungen vorzubeugen und überall und bei jeder Gelegenheit die Sprache der Vernunft zu führen. Möge also die Bevölkerung Oberschlesiens Selbstbeherrschung üben; möge sie ihre Ruhe und Würde bewahren, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, in Ruhe und Frieden ihre Machtbefugnisse auf Deutschland bzw. Polen zu übertragen. (W. T. B.)

Eine schwere Operation Kapps.

Leipzig, 26. April. Geheimrat Kapp wurde, wie gemeldet, am 24. April wegen einer in der linken Augenhöhle gelegenen Geschwulst im Krankenhause St. Georg operiert. Die Operation gestaltete sich, da die Geschwulst bereits große Abschnitte der Augenhöhlenrandung ergriffen hatte, äußerst schwierig. Das linke Auge mußte entfernt werden. Die Schädelhöhle wurde im Bereich der vorderen Schädelgrube breit geöffnet. Die erkrankten Teile des Knochenschädels wurden in großer Ausdehnung entfernt. Das Allgemeinbefinden ist entsprechend der Schwere und der langen Dauer der Operation erheblich beeinträchtigt. Die Aerzte hoffen aber auf einen günstigen Ausgang des schweren Krankheitszustandes. Das rechte Auge kann voraussichtlich erhalten werden. Wenn die Operation in Schweden vorgenommen worden wäre, hätte Kapp seine Zusage, sich bis Ende April in Leipzig bedingungslos zu stellen, nicht erfüllen können.

Unglaubliche Deutschenhetze in Paris.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 26. April. In ganz Paris sind gestern Plakate der Royalisten verbreitet worden, die zu einer großen Kundgebung für Freitag abend auffordern und auf der die Abgeordneten Daudet, Leyon, Grandmaison, außerdem Ballats und der Präsident der Liga, Besins, sprechen werden. Diese Plakate stellen wohl das Ungeheuerlichste dar, was in diesen Tagen an Verhetzung in Paris geleistet worden ist. Es heißt in dem Plakat, **man müsse sofort in Deutschland einmarschieren** und die Städte im Ruhrgebiet besetzen, um von Pfändern Besitz zu ergreifen, die zur Zahlung der Reparationen notwendig seien. Wenn wir jetzt nicht sofort marschieren, werden es die Deutschen unverzüglich tun. Darum: Republikaner, Royalisten, alle Vaterlandsfreunde! Auf zur sofortigen Tat. — Im Zusammenhang damit sei erwähnt, daß in den Hauptverkehrsstraßen von Paris, am Hause Boulevard Montmartre, Nr. 23, wo die Rue de Richelieu die Boulevards schneidet, von einem Hetzblatt „Petit Bleu" ein Blatt angebracht worden ist, das folgenden Wortlaut hat: Wir möchten ihnen Gutes tun, soviel und was wir immer wollen, **die Oesterreicher sind und bleiben Schweine.** Wenn man ihnen Millionen und Milliarden setzt, so werden sie sie nur den Deutschen zur Verfügung stellen.

Ein neuer Vorwand zu Sanktionen?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Koblenz, 26. April. Am Donnerstag und Freitag werden in Koblenz und Mainz Verhandlungen der alliierten Militärbehörden im Beisein der Kriegsminister und Generalstabschefs von Frankreich und Belgien stattfinden. Diese beziehen sich auf Maßnahmen, welche angeblich zum Schutze der Besatzungstruppen erforderlich sein sollen, da im ganzen besetzten Gebiete die Antipathie gegen die Belgier und Franzosen stark angenommen habe.

Die „F. P. U." erfährt zu diesem Besuche, es handele sich nicht um eine gewöhnliche Inspektion der Truppen, denn zu einer solchen Besichtigung sind niemals während der Besetzungszeit die beiden Kriegsminister und beiderseitigen Generalstabschefs ausgerückt. **In Duisburg und Umgebung wollen sie sich von den territorialen Verhältnissen und den Quartiermöglichkeiten vergewissern, da beabsichtigt ist, hier einen stärkeren Brückenkopf auszubauen. Die erforderliche Besatzung soll Belgien liefern, doch wird auch ein französisches Flugkommando erwartet. Politisch betrachtet, sucht Frankreich hier mit Unterstützung Belgiens ein Druckmittel gegen das Zentrum der rheinisch-westfälischen Industrie zu errichten.**

„Es ist Gewitter in der Luft."

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 26. April. Der Korrespondent des „Temps" in Genua ist am Montag von Lloyd George empfangen worden. Der englische Premierminister sagte, daß er immer ein Freund Frankreichs gewesen sei, sogar zurzeit von Faschoda. Auch jetzt sei er Frankreich zugetan, aber er fürchte, daß nach dem Krieg in einigen Partei- und Volksklassen Englands die Sympathie für Frankreich nicht mehr so groß sei wie früher. Eigentlich halte nur noch die Koalition, deren Führer Lloyd George ist, an der alten Gesinnung für Frankreich fest. Der Ministerpräsident sprach über die Friedenspolitik, die er einleiten wollte. Die meisten Alliierten seien bereit, diese Politik zu unterstützen. Auch die kleinen Mächte besonders in Mitteleuropa seien geneigt, dem Pakt beizutreten. Lloyd George hat den herzlichen Wunsch, daß auch Frankreich sich diesen Bestrebungen anschließen möge, weil nur auf diese Art die wirtschaftliche Reorganisation Europas erreicht werden könne. Wenn die Rüstungen weiter dauern, werden die Gewalt und die Uebermacht als Argumente und als Drohung immer wieder Geltung haben wollen. Dann droht das Ende der europäischen Zivilisation. So sprach Lloyd George, als er die Rede Poincarés noch nicht kannte. Wie die Stimmung des Vaters der Konferenz gestern war, berichtet eine telephonische Meldung des Abendblattes „Bon Soir". Sie sagt ganz kurz: Es ist Gewitter in der Luft. Wolken ziehen sich über Genua zusammen. Lloyd George ist nervös, und er hat den Auszug aus der Rede Poincarés gelesen, ohne ein Wort zu sagen. Sein Schweigen machte einen ernsten Eindruck.